

# ANTRAG

Antragsteller\*in: *Julian Fritsch, Sophie Wotschke, Peter Berry, Fabienne Lackner, Christoph Hofer, Ines Holzegger*

Tagesordnungspunkt: *11.3 Weitere Anträge*

## **A12: Gefesselter Staat, glückliche Bürger**

### **Antragstext**

#### **Hintergrund**

Ein Hauptproblem moderner Wohlfahrtsstaaten bzw. Demokratien ist es, das richtige Verhältnis von gegenwärtigem Konsum, effektiver Erfüllung von staatlichen Kernaufgaben und langfristigen Zukunftsinvestitionen zu finden. Politiker, die für finanzielles Maßhalten und eine langfristig nachhaltige Lastenverteilung über Generationen hinweg eintreten, sind oft genug in der Minderheit und werden durch Politiker, die vollmundig verheißungsvolle Versprechungen machen, bei Wahlen ausgestochen. Dazu mag der fünfjährige Wahlzyklus das seine beitragen. Wer denkt schon an die Auswirkungen seines Handelns in 20 Jahren, wenn er oder sie sich in drei, vier, fünf Jahren einer Wahl stellen muss, die über das jeweilige politische Schicksal entscheidet.

Zwar ist es richtig und notwendig, dass Bürger vehement an das Verantwortungsgefühl der gerade aktuellen Politikergeneration appellieren, aber dies allein wird das skizzierte strukturelle Problem der unterschiedlichen Zeithorizonte nicht lösen können. Was es braucht, sind ebenso strukturelle Schranken, welche die Bevölkerung den politischen Akteuren auferlegt und welche die vorhandenen negativen Anreize ausgleichen oder zumindest abschwächen und damit verantwortungsvollen Politikern mit langfristigem Blick die notwendige Unterstützung zukommen lassen.

#### **Ausgabenbremse als Turbo der Generationenfairness**

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges kennt die Entwicklung der Ausgaben des österreichischen Staates so wie in den meisten westlichen Demokratien praktisch nur eine Richtung: nach oben. Dies lässt sich nicht nur, aber vor allem, auf die immens gestiegenen Sozialausgaben zurückführen. Als Anteil an der gesamten

25 Wirtschaftsentwicklung (BIP) gemessen betragen diese im Vor-Pandemie-Jahr 2019  
26 bereits **29,3 Prozent**<sup>[11]</sup>. Vom finanziellen Kuchen der österreichischen  
27 Staatsausgaben nahmen sie im selben Jahr sogar **41,5 Prozent** ein<sup>[21]</sup>. Es flossen  
28 somit ganze 41 Cent von jedem Euro Staatsausgaben in die sozialen  
29 Sicherungsnetze. Durch die Coronakrise gab es noch einmal einen sprunghaften  
30 Anstieg und die Sozialausgaben erreichten laut Statistik Austria im Laufe des  
31 Jahres 2020 satte **34,1 Prozent** des BIP und damit ihren bisherigen  
32 Höchststand<sup>[31]</sup>. Zwar ist zu erwarten, dass es in den Folgejahren nach Ende der  
33 Pandemie zu einem Rückgang kommen wird (im Jahr 2021 betrug die Sozialquote  
34 bereits wieder „nur“ **32,8 Prozent** des BIP)<sup>[41]</sup>, steigende staatliche  
35 Verpflichtungen vor allem im Bereich der Pensionen, Gesundheit und Pflege  
36 bleiben aber auch in Zukunft Ausgabentreiber.

37 Um all dies zu finanzieren, wurde bereits in der Vergangenheit neben einer stark  
38 steigenden Abgabenquote ein immer größerer Schuldenberg angehäuft. Im Vor-  
39 Pandemie-Jahr 2019 betrug dieser **70,6 Prozent** des BIP.<sup>[51]</sup> 2021 erreichte man  
40 nach den Ausgabenexzessen während der Coronapandemie einen Wert von **82,3**  
41 **Prozent** des BIP – mehr als 20 Prozentpunkte über dem diesbezüglichen  
42 Maastricht Grenzwert.<sup>[61]</sup> Im Vergleich zu Österreich schaffte es Schweden nach  
43 Einführung einer Ausgabenbremse in den 90ern seine Staatsverschuldung von einem  
44 Wert um die 70 Prozent zu halbieren und damit die Interessen und den  
45 finanziellen Handlungsspielraum nächster Generationen zu wahren.

46 Wir JUNOS - Junge Liberale NEOS anerkennen die moderne Errungenschaft effektiver  
47 sozialer Sicherungsnetze, welche es allen Bürgerinnen und Bürgern  
48 ermöglichen, ihr Leben geschützt vor Schicksalsschlägen und herkömmlichen  
49 Lebensrisiken in Freiheit und größtmöglicher Unabhängigkeit zu gestalten.  
50 Gleichzeitig ist es für uns Liberale selbstverständlich, dass jedes Mitglied  
51 der Gesellschaft die Pflicht hat, diese Netze nur so lange und in einem Ausmaß  
52 in Anspruch zu nehmen, die seiner unverschuldeten Notlage und/oder seinen  
53 vorherigen Beitragszahlungen entspricht. Neben dieser Verpflichtung des  
54 Einzelnen gibt es aber auch eine Verpflichtung des Staates, seine eigentlichen  
55 Kernaufgaben der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und  
56 Verwaltung sowie wichtige Zukunftsinvestitionen nicht zugunsten erhöhter  
57 Sozialausgaben und Konsums in der Gegenwart zu vernachlässigen.

58 Gerade Letzteres droht ansonsten zu einem Mühlstein für nächste Generationen zu  
59 werden, die sich nicht mehr auf die sozialen Sicherungssysteme verlassen können  
60 werden, wenn sie diese einmal brauchen. Als JUNOS - Junge Liberale NEOS sehen  
61 wir es als unsere liberale Pflicht an, uns für generationenübergreifende  
62 Fairness und nachhaltige staatliche Sozialsysteme einzusetzen, welche die  
63 Freiheit und Rechte der Nachgeborenen achten.

64 Aus diesen Gründen setzen wir uns für die Einführung einer Ausgabenbremse im  
65 Verfassungsrang ein. Diese ist in die Systematik einer ebenso  
66 verfassungsrechtlich abgesicherten Schuldenbremse einzufügen und hat  
67 vorzusehen, dass das jährliche Budget des Bundes im Rahmen eines fünfjährigen  
68 Haushaltsplans zu erstellen ist, in welchem den einzelnen Ressorts maximale  
69 Ausgabensummen zugewiesen werden. Gesamtstaatlich darf das Ausgabenwachstum  
70 hierbei nicht die Teuerung übersteigen solange die Verschuldung den Wert von 60  
71 Prozent des BIP (= Maastricht Grenzwert) nicht unterschreitet.<sup>[71]</sup>

72 Daneben und aufgrund der herausragenden Bedeutung dieses Ausgabenbereichs treten  
73 wir dafür ein, dass die gesamtstaatlichen Sozialausgaben den Wert von **40**  
74 **Prozent** an den staatlichen Ausgaben über einen Konjunkturzyklus nicht  
75 überschreiten dürfen. Dies ist ebenfalls in einer Verfassungsbestimmung  
76 festzuschreiben. Ein zu implementierender Konsultationsmechanismus mit Ländern,  
77 Gemeinde- und Städtebund soll die notwendige Abstimmung der  
78 Gebietskörperschaften in beiden Fällen sichern.

79 Durch den damit geschaffenen Druck zur Ausgabensenkung und -konsolidierung  
80 erhoffen wir uns den politischen Willen für überfällige Strukturreformen, vor  
81 allem im Sozialbereich. Notwendig sind insbesondere eine generationengerechte  
82 Pensionsreform, das Abstellen von Privilegierungen für gewisse potente  
83 Interessengruppen sowie die Erhöhung der sozialen Treffsicherheit ebenso wie  
84 die Vereinfachung und Effizienzsteigerung der weiteren Systeme sozialer  
85 Absicherung.

## 86 **Steuer- und Abgabengrenze als Schutzschirm der** 87 **Steuerzahler**

88 So wie die Sozialausgaben wächst auch die Steuer- und Abgabenquote Österreichs  
89 sukzessive seit Jahrzehnten mit wenigen Intervallen kurzfristiger  
90 Abgabentlastungen. Im Vor-Pandemie-Jahr 2019 lag diese bei ganzen **43,2 Prozent**  
91 des BIP<sup>[81]</sup>. Dieser Wert stieg 2021 im (hoffentlich) letzten Pandemie-Jahr auf  
92 **43,7 Prozent** des BIP an<sup>[91]</sup>. Man befindet sich damit komfortabel im oberen  
93 Drittel der Mitgliedsländer der Europäischen Union (gemäß leicht  
94 abweichendem Wert der WKÖ)<sup>[101]</sup>. Allen Steuerreformen der letzten Jahre zum Trotz  
95 kommt man dem Ziel einer Steuer- und Abgabenquote von **unter 40 Prozent** des BIP  
96 auch in Zeiten der Hochkonjunktur kaum näher. Die Gründe sind ähnliche wie  
97 jene für die beständig steigenden Sozialausgaben. Es ist einerseits politisch  
98 unpopulär, die notwendigen ausgabenseitigen Reformen in die Wege zu leiten, um  
99 den finanziellen Spielraum größerer Entlastungen zu schaffen. Andererseits  
100 gefielen sich Regierungspolitiker verschiedenster Couleur dabei, alle drei, vier  
101 Jahre kleinere Steuerreformen zu beschließen, die im Endeffekt nur die  
102 angehäuften zusätzlichen Belastungen eben jener drei, vier Jahre ausgeglichen

103 haben (sogenannte „Kalte Progression“<sup>[11]</sup>). Zumindest Letzteres ändert sich  
104 nun voraussichtlich durch die mit 01.01.2023 erfolgende (teil-)automatische  
105 Abschaffung der Kalten Progression.

106 Wir JUNOS – Junge Liberale NEOS sind der Überzeugung, dass der Staat und die  
107 ihn lenkenden Politiker eine moralische Verpflichtung haben, den einzelnen  
108 Bürger nur in jenem Ausmaß zur Finanzierung des Gemeinwesens heranzuziehen,  
109 der unbedingt notwendig ist, um wichtige Staatsfunktionen und  
110 Zukunftsinvestitionen besorgen zu können. Die beständige Aushöhlung des  
111 Grundrechtes auf Privateigentum, um damit kurzfristigen Konsum politischer  
112 potenter Wählergruppen zu finanzieren, muss ein Ende haben.

113 Aus diesen Gründen setzen wir JUNOS - Junge Liberale NEOS uns für die  
114 Einführung einer Steuer- und Abgabengrenze im Verfassungsrang ein.  
115 Budgetentwürfe des Bundes dürfen nicht so ausgestaltet sein, dass sie zu einer  
116 Steuer- und Abgabenbelastung führen, die den Wert von **40 Prozent** des BIPs  
117 übersteigt. Um die Steuer- und Abgabenquote in Zukunft über diesen Wert  
118 anheben zu können, ist eine vorherige Beschlussfassung beider Parlamentskammern  
119 (Nationalrat, Bundesrat) vorzusehen, welche ein erhöhtes Präsenzquorum von 50  
120 Prozent und ein Konsensquorum von 2/3 der Abgeordneten zum Nationalrat bzw.  
121 Mitglieder des Bundesrates verlangt.

122 Durch die Selbstbindung der Politik und Entziehung dieser Angelegenheiten aus  
123 dem politischen Alltagsdiskurs erhoffen wir uns einen erhöhten Fokus auf die  
124 Effizienzsteigerung und Verschlinkung des Staates sowie Attraktivierung des  
125 Wirtschaftsstandortes und das Abstellen politischer Taktiererei auf dem Rücken  
126 der Steuerzahler und nächsten Generationen.

127 [\[1\]https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-](https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/sozialleistungen/sozialquote-sozialausgaben-und-finanzierung)  
128 [soziales/sozialleistungen/sozialquote-sozialausgaben-und-finanzierung](https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/sozialleistungen/sozialquote-sozialausgaben-und-finanzierung)

129 [\[2\]https://www.statistik.gv.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-](https://www.statistik.gv.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-finanzen/oeffentliche-finanzen/oeffentliche-finanzen/staatsausgaben-nach-aufgabenbereichen)  
130 [finanzen/oeffentliche-finanzen/oeffentliche-finanzen/staatsausgaben-nach-](https://www.statistik.gv.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-finanzen/oeffentliche-finanzen/staatsausgaben-nach-aufgabenbereichen)  
131 [aufgabenbereichen](https://www.statistik.gv.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-finanzen/oeffentliche-finanzen/oeffentliche-finanzen/staatsausgaben-nach-aufgabenbereichen)

132 [\[3\]https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-](https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/sozialleistungen/sozialquote-sozialausgaben-und-finanzierung)  
133 [soziales/sozialleistungen/sozialquote-sozialausgaben-und-finanzierung](https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/sozialleistungen/sozialquote-sozialausgaben-und-finanzierung)

134 [\[4\]https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-](https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/sozialleistungen/sozialquote-sozialausgaben-und-finanzierung)  
135 [soziales/sozialleistungen/sozialquote-sozialausgaben-und-finanzierung](https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/sozialleistungen/sozialquote-sozialausgaben-und-finanzierung)

136 [\[5\]https://www.statistik.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-](https://www.statistik.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-finanzen/oeffentliche-finanzen/oeffentliche-finanzen/staatsausgaben-nach-aufgabenbereichen)

137 [finanzen/oeffentliche-finanzen/maastricht-indikatoren/oeffentlicher-](#)  
138 [schuldenstand](#)

139 [\[6\]https://www.statistik.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-](#)  
140 [finanzen/oeffentliche-finanzen/maastricht-indikatoren/oeffentlicher-](#)  
141 [schuldenstand](#)

142 [\[7\]https://www.agenda-](#)  
143 [austria.at/publikationen/staatsausgaben/handlungsempfehlungen/](#)

144 [\[8\]https://www.statistik.gv.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-](#)  
145 [finanzen/oeffentliche-finanzen/oeffentliche-finanzen/steuereinnahmen](#)

146 [\[9\]https://www.statistik.gv.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-](#)  
147 [finanzen/oeffentliche-finanzen/oeffentliche-finanzen/steuereinnahmen](#)

148 [\[10\]https://wko.at/statistik/Extranet/Bench/abgab.pdf](#)

149 [\[11\]https://www.agenda-austria.at/publikationen/damit-sich-arbeit-wieder-](#)  
150 [lohnt/die-kalte-progression-die-heimliche-geliebte-des-finanzministers/](#)